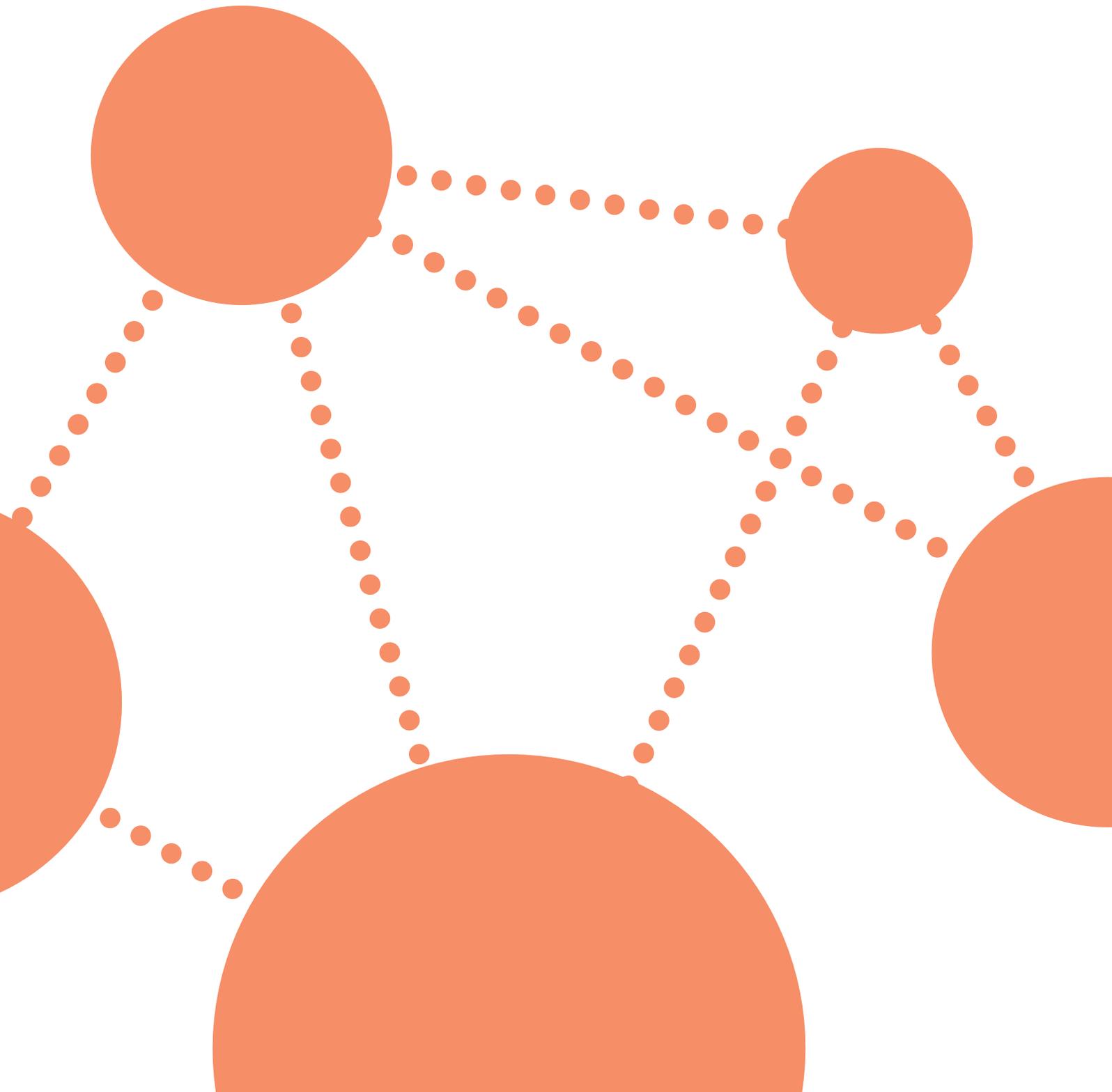


NeSoVe

NETZWERK SOZIALE VERANTWORTUNG

JAHRESBERICHT
2022



Netzwerk Soziale Verantwortung
Jahresbericht 2022

Redaktion

Tina Rosenberger

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und Verleger

Netzwerk Soziale Verantwortung
c/o KSÖ
Schottenring 35/DG
1010 Wien

Tel: 0660/88 35 409

office@sozialeverantwortung.at

ZVR-Nummer: 069638267

Bankverbindung:
IBAN: AT45 1400 0171 1002 6943
BIC: BAWAATWW



Diese Veröffentlichung wird aus Mitteln der Arbeiterkammer Steiermark gefördert und mit Unterstützung der PRO-GE vervielfältigt.

Vorwort

von Tina Rosenberger, Geschäftsführerin

Im Februar 2022 war es endlich so weit: die EU-Kommission präsentierte nach mehrmaligen Verschiebungen ihren Vorschlag für ein EU-Lieferkettengesetz! Damit wurde ein wichtiger Meilenstein gesetzt, um Menschenrechte und die Umwelt entlang von globalen Wertschöpfungsketten zu schützen. Der Richtlinienvorschlag beinhaltet sowohl menschenrechtliche als auch umweltbezogene Sorgfaltspflichten sowie eine zivilrechtliche Haftung. Reine Strafzahlungen gehen an den Staat und stellen keine Abhilfe für Betroffene dar. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, dass die Richtlinie für Unternehmen ab 500 Mitarbeiter:innen und einem Jahresumsatz von 150 Millionen Euro gelten soll. Für Unternehmen in Hochrisikosektoren soll das Lieferkettengesetz bereits ab 250 Mitarbeiter:innen und einem Jahresumsatz von 40 Millionen Euro gelten. Dies würde jedoch bedeuten, dass 99% aller Unternehmen in der EU nicht vom EU-Lieferkettengesetz betroffen wären. Der Vorschlag der EU-Kommission beinhaltet jedoch noch weitere Schlupflöcher, die dringend gestopft werden müssen.



So führten wir auch im Jahr 2022 unsere Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze!“ fort und forderten Nachschärfungen ein, damit das EU-Lieferkettengesetz Menschenrechte und die Umwelt effektiv schützt. Im Herbst startete zudem die europaweite Kampagne „Justice is Everybody’s Business“. Gemeinsam mit unserem Dachverband ECCJ und über 100 weiteren NGOs und Gewerkschaften setzen wir uns für ein starkes Lieferkettengesetz ein!

Doch der Kampf für ein effektives Lieferkettengesetz ist noch lange nicht vorbei. Im Dezember stimmte die Mehrheit der EU-Minister:innen im Rat für Wettbewerbsfähigkeit (COMPET) für das EU-Lieferkettengesetz. Somit wurde die Position des Rates für die Verhandlungen im Trilog festgelegt. Wirtschaftsminister Martin Kocher hat sich für Österreich bei der Entscheidung enthalten. Für uns ist klar: gerade in Zeiten der Krise muss Minister Kocher bei Menschenrechten Haltung zeigen und beweisen, dass er für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik der Zukunft steht. Darüber hinaus hat die Position des Rates weitere Schlupflöcher für Unternehmen ermöglicht. Besonders problematisch ist, dass der Finanzsektor vom EU-Lieferkettengesetz ausgenommen werden soll. Mitgliedsstaaten können ihn nur auf freiwilliger Ebene berücksichtigen. Weiters würde die Position des Rates auch die Reichweite der vorgesehenen Sorgfaltspflichten drastisch einschränken.

Gemeinsam mit zahlreichen NGOs und Gewerkschaften werden wir auch im nächsten Jahr auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene dafür eintreten, dass Menschenrechte und die Umwelt vor Profitinteressen gestellt werden!

Tina Rosenberger

Selbstverständnis des NeSoVe

Der Verein fordert die Durchsetzung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien als Grundprinzipien des Handelns von Unternehmen.

Ziel des Vereins ist es, für alle Unternehmen verpflichtende gesetzliche Regeln auf nationaler, EU- und internationaler Ebene auf hohem Niveau zu bewirken. Regulative Maßnahmen können – wo sinnvoll – durch freiwillig eingegangene Verpflichtungen (CSR-Maßnahmen) ergänzt werden, sofern anspruchsvolle und verifizierbare bzw. kontrollierbare Regeln festgelegt werden.

Dabei ist der Verein der Überzeugung, dass die Festlegung gesellschaftlich wünschenswerter Handlungsweisen von Organisationen und Maßnahmen zu ihrer Umsetzung sowohl auf freiwilliger als auch auf allgemein verbindlicher Ebene eine öffentliche Aufgabe ist, die demokratisch legitimierten Institutionen obliegt. Eine Übertragung und damit Privatisierung dieser Aufgabe auf Unternehmenskreise und von diesen kontrollierten Stakeholder-Dialogen ist daher abzulehnen.

Durch den Zusammenschluss gibt der Verein den von Unternehmenspolitik betroffenen Stakeholdern (Arbeitnehmer:innen, Verbraucher:innen und NGOs) ein stärkeres Gewicht und verbessert damit die Bedingungen zur Durchsetzung gesellschaftlicher Verantwortlichkeit als Prinzip des wirtschaftlichen Handelns. Der Verein lobbyiert in diesem Sinne auf nationaler und europäischer Ebene, unterstützt den Zusammenschluss nationaler Netzwerke für Corporate Accountability (im Sinne von verbindlicher Unternehmensverantwortung), kontrolliert unternehmerisches Handeln und Verstöße gegen soziale, gesellschaftliche, arbeitsrechtliche, ökologische und menschenrechtliche Standards, sowie den Widerspruch von Anspruch und Wirklichkeit sogenannter CSR-Maßnahmen. Darüber hinaus sensibilisiert der Verein die Öffentlichkeit zu Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen in Politik und Wirtschaft.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der BAO.



Verein

Geschäftsführerin

- > Tina Rosenberger

Mitarbeiter:innen

- > Sarah Bruckner (Projektmitarbeiterin bis 31.5.2022)
- > Alexander Eigner (Projektmitarbeiter ab 1.9.2022)

Vorstand

- > Stefan Grasgruber-Kerl (Südwind), Vorstandsvorsitzender
- > Anna Mago (Fairtrade)
- > Andrew Lindley (Betriebsrat, Austrian Institute of Technology, AIT), Finanzreferent
- > Lisa Schrammel (FIAN), Schriftführerin
- > Barbara Steiner (transform.at)
- > Raphael Haag (AUGE/UG)
- > Herbert Wasserbauer (Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar)

Rechnungsprüfer:innen

- > Heidemarie Ambrosch (transform.at)
- > Nikolaus Ludwiczek (Südwind)

Generalversammlung

Die Mitgliederversammlung fand am 12. September 2022 in den Räumlichkeiten der ksoe statt. Der Vorstand wurde statutengemäß entlastet. Herbert Wasserbauer (Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar) wurde in seinem Amt bestätigt.

Jahresabschluss 2022

Einnahmen in Euro		Ausgaben in Euro	
Mitgliedsbeiträge	11.335,00	Personalkosten	46.911,89
Förderungen	37.070,42	Infrastruktur	3.096,06
Sonstige Einnahmen	4.175,44	Honorare, Dienstleistungen Dritter	5.358,73
		Sonstiges & Bankspesen	1.195,87
Einnahmen gesamt	52.580,86	Ausgaben gesamt	56.562,55
		Gewinn/Verlust: - 3.981,69 €	
Vermögen per 31.12.2022: 21.540,28 €			

Mitglieder

Ordentliche Mitglieder

Zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs, Arbeitnehmer:innenvertretungen) können ordentliche Mitglieder werden, d.h. sie haben Stimmrecht und ihre Vertretungen können in den Vorstand gewählt werden. 2022 zählt der Verein 23 ordentliche Mitglieder:

- > ARGE Weltläden 
- > Attac 
- > Alternative und Grüne Gewerkschafter:innen/UG (AUGE/UG) 
- > Betriebsrat des Austrian Institute of Technology (AIT)
- > Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar (DKA) 
- > FAIRTRADE Österreich 
- > FIAN 
- > Finance & Trade Watch 
- > GLOBAL 2000 
- > Globale Verantwortung (AG für Entwicklung und Humanitäre Hilfe) 
- > HORIZONT 3000 
- > Jugend Eine Welt
- > Katholische Jugend Österreichs (kjoe) 
- > Katholische Sozialakademie Österreichs (ksoe) 
- > Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (BIM) 
- > ÖBV - Via Campesina 
- > Österreichische Liga für Menschenrechte 
- > Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) 
- > Südwind 
- > The World of NGOs 
- > transform!at 
- > Volkshilfe Wien 
- > ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit 

Außerordentliche Mitglieder

Andere Institutionen sowie interessierte Einzelpersonen können außerordentliches Mitglied werden. Derzeit hat der Verein 4 außerordentliche Mitglieder.

Mitgliedschaften & Bündnisarbeit

ECCJ

Der Verein ist Mitglied der „European Coalition for Corporate Justice“ (ECCJ) mit Sitz in Brüssel. NeSoVe hat an der virtuellen Generalversammlung im Mai 2022 teilgenommen.



AG Rohstoffe

2016 formierte sich die Arbeitsgemeinschaft Rohstoffe mit dem Ziel der Sensibilisierung für soziale und ökologische Wirkungen von Rohstoffabbau -verarbeitung, und -nutzung und bei Wirtschaft und Politik für die Etablierung sozialer und ökologischer Kriterien in der Rohstoffpolitik zu lobbyieren. Die AG wurde durch NeSoVe, DKA – Hilfswerk der katholischen Jungschar, Südwind, Finance & Trade Watch und Global 2000 gegründet und ist seither um das Jane Goodall Institut – Austria, weltumspannend arbeiten und RepaNet gewachsen. Sie wird von der ÖFSE wissenschaftlich begleitet. Im Jahr 2022 stand das von der ADA geförderte Projekt „#Rohstoffwende“ im Fokus.

Treaty Allianz

2014 wurde auf UN-Ebene der Prozess für ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („TNC Treaty“) angestoßen. Die internationale Treaty Alliance umfasst mittlerweile über 1100 Organisationen und Bewegungen weltweit. Ende 2016 schloßen sich auch in Österreich zivilgesellschaftliche Akteur:innen und Arbeitnehmer:innenvertretungen zusammen, um für das Treaty zu lobbyieren. Der Prozess ist einer der Schwerpunkte des NeSoVe, das Netzwerk bringt sich daher koordinierend in der Arbeitsgruppe in Österreich ein. NeSoVe war auch 2022 wieder in Genf bei den Verhandlungen anwesend und traf die ständige Vertretung Österreichs. Im Vorfeld der Verhandlungen führten wir Gespräche mit Vertreter:innen des Außenministeriums.



Kampagne: Menschenrechte brauchen Gesetze!

Auch im Jahr 2022 führten wir die Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze!“ fort. Im Rahmen der Kampagne fordern wir ein Lieferkettengesetz in Österreich und in der EU sowie Unterstützung für das UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten. Unsere Forderungen präsentierten wir nicht nur auf zahlreichen Veranstaltungen, sondern auch im Zuge von Medienaktionen. Weiters verfassten wir mehrere Presseaussendungen sowie Stellungnahmen. Darüber hinaus hatten wir auch bei mehreren Round Tables, welche von den Ministerien organisiert wurden, die Möglichkeit unsere Forderungspunkte darzulegen und verwiesen zugleich darauf, wie dringend der Handlungsbedarf ist.

Nach mehreren Verschiebungen präsentierte die EU-Kommission im Februar endlich einen Richtlinienvorschlag für das EU-Lieferkettengesetz. Gemeinsam mit Michaela Krömer (Rechtsanwältin für Klima-, Umwelt- und Verfassungsrecht) und Claudia Saller (ECCJ) analysierten wir den Entwurf im Zuge einer Pressekonferenz. Mit dem präsentierten Entwurf wurde von der EU-Kommission ein wichtiger Meilenstein gesetzt, um Menschenrechte sowie die Umwelt entlang von globalen Wertschöpfungsketten zu schützen.

Doch damit Menschenrechtsverletzungen, ausbeuterische Kinderarbeit und die Zerstörung unserer Umwelt nicht mehr an der Tagesordnung stehen, darf die EU-Richtlinie keine Schlupflöcher beinhalten, die es ermöglichen die Regelung zu untergraben. Doch die Schwellenwerte des Richtlinienvorschlags der EU-Kommission würden dazu führen, dass 99% aller Unternehmen in der EU nicht betroffen wären. Fakt ist: auch Unternehmen, die nicht die vorgegebenen Kriterien erfüllen, können in Menschenrechtsverletzungen involviert sein, Arbeiter:innen ausbeuten und unsere Umwelt zerstören, daher braucht es langfristig Maßnahmen, die alle Unternehmen betreffen. Durch die Verankerung der zivilrechtlichen Haftung konnte jedoch ein wesentlicher Fortschritt erreicht werden. Nur mit einer zivilrechtlichen Haftung kann gewährleistet werden, dass Betroffene von Menschenrechtsverletzungen im Globalen Süden auch entschädigt werden. Betroffene können vor einem EU-Gericht eine Klage einreichen. Reine Strafzahlungen gehen an den Staat und stellen keine Abhilfe für Betroffene dar.

Im April 2022 jährte sich der Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza zum neunten Mal. Mehr als 1.100 Menschen verloren 2013 in dem als einsturzgefährdet bekannten Gebäudekomplex ihr Leben, weit über 2.000 wurden verletzt. In einem gemeinsamen Pressegespräch mit Kalpona Akter, Arbeitsrechtsaktivistin und Gründerin des „Bangladesh Center for Workers Solidarity“, analysierten wir, welche Nachschärfungen im EU-Lieferkettengesetz notwendig sind, damit sich Rana Plaza nie wieder wiederholt.

Im Zuge eines Round Tables, der von der Volksanwaltschaft und dem Justizministerium organisiert wurde, hatte NeSoVe, neben ECCJ und ECCHR die Möglichkeit, im Rahmen einer Präsentation zu verdeutlichen, dass Betroffene im Mittelpunkt des EU-Lieferkettengesetzes stehen müssen. Weiters wurde die Kampagne auch in zahlreichen Artikeln aufgegriffen.



© Vincent Sufyan

Im September erinnerten wir mit einer Aktion vor einer KiK-Filiale an den Brand in der pakistanischen Textilfabrik Ali Enterprises, der sich 2022 zum 10. Mal jährte. Bei dem Brand kamen über 250 Menschen ums Leben, 32 weitere wurden verletzt. In der Fabrik wurden vorrangig Waren für den deutschen Konzern KiK produziert. Untersuchungen stellten im Nachhinein massive Sicherheitslücken fest.

Zudem startete ebenfalls im September die europaweite Kampagne „Justice is Everybody’s Business“. In ganz Europa mobilisieren über 100 NGOs und Gewerkschaften für ein EU-Lieferkettengesetz, das Menschen- und Arbeitsrechte, die Umwelt und das Klima effektiv schützt.



Mit einem Graffiti am Yppenplatz machten wir anlässlich des Internationalen Tags des Kaffees auf die Missstände in der Kaffeeindustrie aufmerksam und forderten ein starkes Lieferkettengesetz!



© Christopher Glanzl

Von 24. bis 28. Oktober 2022 fand die 8. Verhandlungsrunde zum UN-Treaty statt. Als Treaty Allianz beteiligten wir uns vor Ort aktiv mit mehreren Stellungnahmen an den Diskussionen. Das Abkommen wäre ein globales Lieferkettengesetz und soll sicherstellen, dass Unternehmen Verantwortung für ihre gesamte Wertschöpfungskette übernehmen. So soll es Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen u.a. den Zugang zu Rechtsmitteln erleichtern.

Am 1. Dezember stimmte die Mehrheit der EU-Minister:innen im Rat für Wettbewerbsfähigkeit (COMPET) für das EU-Lieferkettengesetz. Somit wurde die Position des Rates für die Verhandlungen im Trilog festgelegt. Wirtschaftsminister Martin Kocher hat sich für Österreich bei der Entscheidung enthalten. Zum Tag der Menschenrechte appellierten wir daher an Minister Kocher seiner Verantwortung nachzukommen und sich für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik der Zukunft einzusetzen.

Zudem beinhaltet die Position des Rates weitere Schlupflöcher: so soll der Finanzsektor vom EU-Lieferkettengesetz ausgenommen werden, Mitgliedsstaaten können ihn nur auf freiwilliger Ebene berücksichtigen. Ebenso soll auch die Reichweite der Sorgfaltspflichten eingeschränkt werden.



© Vincent Sufiyan

Projekt „Nachhaltige Lieferketten für erneuerbare Energien“

Im Rahmen des Projekts „Nachhaltige Lieferketten für erneuerbare Energien“ wurden eine Recherche sowie Interviews durchgeführt, die dazu dienen zu analysieren, wie die Lieferketten von erneuerbaren Energien alle drei Säulen der Nachhaltigkeit erfüllen können. Konkret ging es in dem Projekt um die Auswirkungen der E-Mobilität, dem Risiko von uigurischer Zwangsarbeit in der Photovoltaikindustrie sowie den negativen Folgen, die aus der Inbetriebnahme von Wasser- und Windkraftwerken resultieren können.

Insbesondere die Bergbauindustrie verwies in den letzten Jahren darauf, dass der Bergbau massiv ausgeweitet werden muss, um die für die Energiewende notwendigen Rohstoffe zur Verfügung stellen zu können. Doch gerade im Bergbau werden seit vielen Jahren zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, Fälle von Arbeitsausbeutung, Umweltschäden und sogar ausbeuterischer Kinderarbeit dokumentiert. So ist zu befürchten, dass eine Ausweitung des Bergbaus unter dem Vorwand der Energiewende, zu weiteren Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden führen wird.

Die Prognosen der Bergbauindustrie sind jedoch v.a. auf den erwarteten Lithium- und Kobaltbedarf der E-Mobilität zurückzuführen. Gerade bei der E-Mobilität bestehen Alternativen, indem in den öffentlichen Verkehr investiert wird und andere Maßnahmen getroffen werden, um den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Der Ausstieg aus fossiler Energie und der damit verbundene Ausbau von erneuerbarer Energie ist zur Bekämpfung der Klimakrise dringend notwendig. Anders, als im Bereich der E-Mobilität bestehen hier keine Alternativen.

Dies bedeutet, dass es gesetzliche Maßnahmen, u.a. ein Lieferkettengesetz braucht, um zu gewährleisten, dass der Ausbau von erneuerbarer Energie nicht mit Menschenrechtsverletzungen verbunden sein wird. Hinsichtlich des EU-Lieferkettengesetzes wird es daher von Bedeutung sein, dass es eine effektive zivilrechtliche Haftung beinhaltet und Betroffene Entschädigungen einklagen können. Auch der Vorschlag der EU-Kommission zum Importverbot von Produkten aus Zwangsarbeit sollte dahingehend überarbeitet werden, dass er Entschädigungen für Betroffene ermöglicht.

Die in vielen Fällen dokumentierte Verletzung von Landrechten zeigt den Bedarf für eine umfassende Einbeziehung von Betroffenen in den Prozess der Sorgfaltspflichten auf. Darüber hinaus müssen in diesem Kontext auch die Rechte von Indigenen geschützt werden. Durch diese Maßnahmen können wesentliche Verbesserungen zum Schutz der Arbeiter:innenrechte und Menschenrechte erreicht werden. Die Ergebnisse der Analyse wurden in einer Publikation zusammengefasst. Das Projekt wurde vom Sozialministerium gefördert.

Auswahl an öffentlichen Veranstaltungen und Lobbygesprächen

- > 12. Jänner: Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Was bringt ein „Lieferkettengesetz“ der VHS Alsergrund
- > 1. Februar: Teilnahme an einer Podiumsdiskussion zum Lieferkettengesetz bei DORF TV
- > 8. Februar: Austausch mit Helmut Tichy (BMEIA/Leiter der Sektion Völkerechtsbüro) & Ulrike Butschek, Abteilung 1.7 gemeinsam mit anderen Mitgliedern der österreichischen Treaty Allianz
- > 3. März: Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Human Rights Due Diligence: Unternehmensverantwortung, Lieferketten und Menschenrechte“ des Absolvent:innenvereins „Junge Rechtswissenschaft Juridicum“
- > 18. März & 23. April: Teilnahme an Filmgesprächen im Rahmen von „HUNGER.MACHT. PROFITE“ in Wien und Innsbruck
- > 22. April: Vortrag im Rahmen des Round Tables zum EU-Lieferkettengesetz in der Volksanwaltschaft
- > 19. Mai: Vortrag & Podiumsdiskussion in Gänserndorf
- > 27. Mai: Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Öffentliches Interesse, Zivilgesellschaft und Umweltschutz“ am Juridicum
- > 11. Juni: Input am SOL-Symposium
- > 25. Juli: Austauschtreffen mit Karolina Januszewski (Kabinett BMJ)
- > 13. September: Austauschtreffen mit Daniel Kreuzhuber (Kabinett BMAW)
- > 4. Oktober: Teilnahme am Round Table im Justizministerium
- > 12. Oktober: Austausch mit Yannis Fotakis, BMEIA, Abteilung 1.7 gemeinsam mit anderen Mitgliedern der österreichischen Treaty Allianz
- > 17.-19. Oktober: Teilnahme an den „Strategy Days“ von ECCJ in Brüssel
- > 21. Oktober: Vortrag am EZA-Fachtag in Salzburg
- > 24.-26. Oktober: Teilnahme an UN-Verhandlungen zum Treaty (8. Arbeitsgruppensitzung) in Genf inkl. schriftlicher und mündlicher Stellungnahmen
- > 12. November: Input im Zuge der Österreichischen Entwicklungstagung in Linz (Forum „Ungleiche globalisierte Produktion und nachhaltige Industriepolitik“)
- > 7. Dezember: Teilnahme an einer Podiumsdiskussion im Rahmen des „this human world“- Filmfestivals
- > 15. Dezember: Austausch mit MEP Theresa Bielowski

Medienberichte

- > Jänner – Europainfo – Das Magazin des EU-Umweltbüros: Menschenrechte brauchen Gesetze! – <https://www.eu-umweltbuero.at/assets/EU-Umweltbuero/Magazin-Europainfo/Europainfo-1-22.pdf>
- > 24. Februar – ORF: Lieferkettengesetz: NGOs sehen offene Fragen – <https://orf.at/stories/3248791/>
- > 24. Februar – Salzburger Nachrichten: NGOs zu Lieferkettengesetz: guter Ansatz aber offene Fragen – <https://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/ngos-zu-lieferkettengesetz-guter-ansatz-aber-offene-fragen-117538051>
- > 24. Februar – Der Standard: Industriellenvereinigung kritisiert Lieferkettengesetz – <https://www.derstandard.at/story/2000133631961/industriellenvereinigung-kritisiert-lieferkettengesetz?ref=rssl>
- > 24. Februar – Die Presse: „Unlösbare Aufgabe“ – <https://www.diepresse.com/6103887/bdquounloesbare-aufgabeldquo>
- > Frühjahr – SOL: Lieferkettengesetz jetzt – <https://nachhaltig.at/pdf/SOL187.pdf>
- > 30. November – ORF: Position zu Lieferkettengesetz soll festgelegt werden – <https://volksgruppen.orf.at/diversitaet/stories/3184512/>
- > 1. Dezember – Der Standard: EU-Staaten einig bei Lieferkettengesetz – <https://www.derstandard.at/story/2000141414862/eu-staaten-einig-bei-lieferkettengesetz>
- > 1. Dezember – ORF: Ohne Österreich: EU-Länder stimmen für Lieferkettengesetz! – <https://orf.at/stories/3296071/>
- > 1. Dezember – Salzburger Nachrichten: EU-Staaten einigen sich bei Lieferkettengesetz – <https://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/eu-staaten-einigen-sich-bei-lieferkettengesetz-130598626>
- > 1. Dezember – Wiener Zeitung: Kocher will mehr Zeit für EU-Lieferkettengesetz – <https://www.tagblatt-wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/international/2170257-Kocher-will-mehr-Zeit-fuer-EU-Lieferkettengesetz.html>
- > 1. Dezember – Trend: Lieferkettengesetz: Supply-Chains auf dem Prüfstand der Nachhaltigkeit – <https://www.trend.at/recht/lieferkettengesetz>
- > 2. Dezember – Die Presse: EU-Länder einigen sich grundsätzlich auf Lieferkettengesetz – <https://www.diepresse.com/6222864/eu-laender-einigen-sich-grundsatzlich-auf-lieferkettengesetz>
- > 2. Dezember – EURACTIV: New EU supply chain law makes waves in Austria – <https://www.euractiv.com/section/politics/news/new-eu-supply-chain-law-makes-waves-in-austria/>

Ausblick 2023

Während die Verhandlungen rund um das EU-Lieferkettengesetz noch länger andauern werden, wird am 1. Jänner 2023 das deutsche Lieferkettengesetz in Kraft treten. Dieses wird zunächst nur Unternehmen mit 3.000 Mitarbeiter:innen betreffen. Ab 2024 wird es auch für Unternehmen ab 1.000 Mitarbeiter:innen gelten. Außerdem fehlt im deutschen Lieferkettengesetz eine zivilrechtliche Haftung. Diese wird auch im EU-Lieferkettengesetz weiterhin intensiv diskutiert werden. Das EU-Lieferkettengesetz wird 2023 zunächst im EU-Parlament verhandelt. Anschließend folgen die Trilog-Verhandlungen, bei denen es darum gehen wird, einen Kompromiss zu erzielen. Daher wird das EU-Lieferkettengesetz auch im nächsten Jahr im Fokus unserer Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze!“ stehen. Ebenso werden wir uns auch 2023 in die europaweite Kampagne „Justice is Everybody's Business“ einbringen.

2023 wird sich darüber hinaus der Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch zum zehnten Mal jähren. Mehr als 1.100 Menschen verloren 2013 in dem als einsturzgefährdet bekannten Gebäudekomplex ihr Leben, mehr als 2.000 wurden verletzt. Der Gebäudeeinsturz gilt als schwerste Katastrophe der Textilindustrie. In der Fabrik ließen europäische Unternehmen produzieren u.a. Inditex, der Mutterkonzern von ZARA, Primark und C&A. Damit sich Rana Plaza nie wieder wiederholt, werden wir weiterhin klare Nachschärfungen beim EU-Lieferkettengesetz einfordern!

Weiters werden wir, in einem vom Sozialministerium geförderten Projekt, Missstände im Kakaosektor analysieren und aufzeigen, wie diese durch eine verbindliche Regulierung von Unternehmen bekämpft werden können.

